

Eingebracht wird dieser Antrag von Frau Mundlos für die CDU-Fraktion. Ich erteile Ihnen das Wort. Bitte schön!

Heidmarie Mundlos (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Pflege ist das Megathema unserer Zeit. Nicht ohne Grund hat die Bundesregierung 2011 zum Jahr der Pflege ernannt. Politiker aller Ebenen und aller Parteien sind in Heimen, Einrichtungen und Institutionen unterwegs, um sich vor Ort einen Einblick zu verschaffen. Das Motto: Nicht über Pflege reden, sondern mit Pflege reden. - Für die Abgeordneten der CDU-Fraktion ist das seit Jahren geübte Praxis, eine Selbstverständlichkeit, die wir gern transparent machen.

Zunächst einige Fakten: In Niedersachsen ist die Zahl der Pflegebedürftigen bis 2010 gegenüber 1999 um 22,4 % gestiegen, und die Tendenz ist weiter zunehmend. Zwei Drittel aller Pflegebedürftigen werden zu Hause gepflegt, davon wiederum zwei Drittel von Angehörigen. Die übrigen Pflegebedürftigen werden durch ambulante Pflegedienste betreut. 31 % der Pflegebedürftigen werden vollstationär in Pflegeheimen betreut. Für diese 31 % geben wir etwa zwei Drittel aller Mittel aus, die in den Pflegebereich fließen.

Pflege und Gesundheit sind Wachstumsbranchen. Inzwischen arbeiten weit mehr als eine Million Menschen in Deutschland in der Pflege. Das sind mehr als in der Automobilindustrie. Trotzdem findet Pflege nicht die Aufmerksamkeit und Anerkennung, die ihr zustehen müssten. Die Art und Weise, wie diese Arbeit an Menschen anerkannt und organisiert wird, spiegelt die Wertschätzung menschlichen Lebens generell wider. Möge sich bitte jeder selbst fragen, was er für sich erwartet und wie er behandelt werden möchte! Wenn wir diese Frage beantworten, stimmen die meisten der hier Anwesenden vermutlich den folgenden Punkten zu:

Der Tätigkeit in der Pflege muss eine gute Ausbildung vorangehen. Weiterhin muss berufsbegleitend eine permanente Weiterbildung zur Qualitätssicherung stattfinden. Der Pflegeberuf muss auch finanziell attraktiv sein. Die Besoldung nach der Ausbildung nach TVöD liegt in einem Bereich, der allen zugänglich und gar nicht so schlecht ist. Im Laufe der Berufsjahre fehlt aber oft die Perspektive weiterer Verbesserungen. Hier danke ich ausdrücklich unserer Ministerin. Obwohl es in die originäre Zuständigkeit der Tarifpartner fällt, hat sie

dieses Thema in den Pflegepakt mit aufgenommen und dort diskutiert und thematisiert.

(Beifall bei der CDU)

Die Arbeits- und Rahmenbedingungen gehören immer wieder und überall auf den Prüfstand, wenn wir den Veränderungen in der Pflege gerecht werden wollen.

Und: Pflege ist weiblich. Deshalb muss neben der Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessert werden. Dieser Beruf ist von Schicht- und Wochenenddienst geprägt. Pflege findet 24 Stunden an 7 Tagen in der Woche statt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Pflegeausbildung, also Altenpflege und Krankenpflege, muss neu ausgerichtet und zusammengeführt werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere an einen von uns gefassten Beschluss. Dazu gehört auch ein gestufter Zeitplan, der die Frage möglicher Veränderungen beim Schulgeld in der Altenpflege nicht ausspart. Dies kann Niedersachsen allerdings nicht allein. Das muss man berücksichtigen. Es trifft sich allerdings gut, dass unser Kultusminister für ein Jahr Vorsitzender der KMK ist und damit die Gelegenheit nutzen kann, diese Thematik auf Bundesebene im Einklang mit allen anderen Bundesländern voranzutreiben.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen nach Qualifizierung, Transparenz und Erleichterung müssen vorangebracht werden. Die Förderung von Altenpflegeschülerinnen und Altenpflegeschülern durch eine monatliche Unterstützung sollte fortgesetzt werden. An der Förderung von Umschülern im dritten Schuljahr ist möglichst festzuhalten. Auch hier will ich betonen: Niedersachsen war Vorreiter und das erste Bundesland, das hier positive Akzente gesetzt hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vergessen wir auch nicht die Anforderungen an kultursensible Pflege.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, all das ist wichtig. Ich weise darauf hin, dass das Reden über einen Pflegenotstand - oder sollte ich besser sagen: das permanente Herbeireden eines möglichen Pflegenotstandes - unverantwortlich und unnötig ist.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Der kommt auch ohne Reden! Der ist im Grunde schon da!)

So verändert man das Bild der Pflege in unserer Gesellschaft ganz bestimmt nicht zum Guten.

(Beifall bei der CDU)

Hier wird ganz bewusst auf die Ängste überwiegend älterer Menschen gesetzt - nicht etwa, um etwas zum Wohle dieser Bürgergruppe zu bewegen, sondern vielmehr, um den Eindruck zu erwecken, die Opposition kümmert sich und die Verantwortlichen sehen weg. Ich muss ganz ehrlich sagen, das ist nicht einträglich für die Pflege. Das ist schlicht und einfach schlechter Politikstil.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn von Pflege-Notstand geredet wird, dann darf man ein paar Fakten nicht ausblenden. Sicherlich ist es richtig, dass nach Angaben der Bundesagentur in Deutschland zurzeit über 32 000 offene Stellen zu verzeichnen sind. Gleichzeitig kann man aber auch feststellen, dass zum Erhebungszeitpunkt 89 000 Pflegekräfte arbeitslos sind. Auch das gehört zur Wahrheit.

(Ursula Helmhold [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Nein, keine Zwischenfragen.

Auch Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte spielen eine Rolle. Im Gespräch mit den Betroffenen kann man feststellen, dass die Einrichtung einer Pflegekammer bei den Pflegetätigen nicht auf Platz 1 der Veränderungsvorschläge rangiert. Das gilt ebenso für die immer wieder erhobene Forderung nach einer erneuten Umlage, die eingerichtet werden sollte. Im Vordergrund stehen ganz andere Forderungen nach besseren Rahmbedingungen: Entbürokratisierung, Raum und Zeit für menschliche Zuwendung, Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs, Antworten auf die zunehmende Zahl der Demenzerkrankungen und gesellschaftliche Anerkennung.

Viele reden über Pflege, aber viele hören auch nicht zu. Womit ist denn Altenpflege verbunden? - Überwiegend mit negativen Attributen: Einsamkeit, alt sein, Belastung, Abhängigkeit, Unfreiheit, schwere Arbeit, Leiden, Konfrontation immer wieder mit menschlichen körperlichen und geistigen Defiziten. Das ist eben keine Happy-Home-Story!

Dagegen kann man das setzen, was man erfährt, wenn man sich wirklich einmal darauf einlässt und in Heime geht oder Angehörige derer begleitet, die dort untergebracht sind. Dann kann man feststellen: Es gibt andere Attribute, wie freundliche Ausstrahlung, barrierefreies Haus, Haustiere, menschliche Zuwendung, gepflegte Grünanlagen, Gemeinschaft, moderne Sanitär- und Hygieneeinrichtungen, Miteinander, Ansprache, Angehörigenberatung und -betreuung.

Zugegeben: Wo Licht ist, ist auch Schatten. Darüber muss man reden. Das muss man auch thematisieren. Dazu gibt es die Heimaufsicht und vieles andere mehr, aber auch uns Politiker.

Doch wer nimmt die positiven Punkte wirklich wahr? Es ist vielmehr so, dass viel zu wenige bereit sind, sich darauf einzulassen und genau hinzuschauen. Deshalb ist es außerordentlich wichtig, dass bereits in den Schulen Jugendliche angesprochen werden, dass Transparenz geschaffen und aufgezeigt wird, dass Pflege ein Beruf mit Zukunft ist.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zweifelsohne ist Pflege eine große gesellschaftliche Herausforderung.

(Norbert Böhlke [CDU]: Jawohl!)

Ich gehe ein Stück weiter: Es ist die größere Herausforderung, mit dieser Seite des menschlichen Lebens umzugehen als mit der Seite der jungen und kraftvollen Lebensphase voller Schaffensdrang und Möglichkeiten.

(Beifall bei der CDU)

Ob unsere Gesellschaft wirklich lebenswert und menschenwürdig ist, hängt in erheblichem Maße davon ab, wie wir mit dem Alter, seinen Erfordernissen und Beschwerden umgehen.

Der vorliegende Antrag erhebt weder den Anspruch auf Endgültigkeit noch auf Vollständigkeit. Pflege ist ein dynamischer Prozess. Ich bin der Landesregierung außerordentlich dankbar dafür, dass sie das Thema immer wieder auf die Tagesordnung setzt, z. B. mit Best-Practice-Maßnahmen, mit Pflegepakt und Anerkennung und Würdigung der dort Tätigen.

Abschließend kann ich nur feststellen: Wir sind allen Unkenrufen zum Trotz - auch denen der Opposition - auf einem guten Weg. Wenn es auch kein leichter Weg ist und wenn es ein Weg ist, der

immer wieder auf den Prüfstand gehört, so muss doch vor allem festgestellt werden: Es ist ein Weg gemeinsam mit allen an und in Pflege Beteiligten.

In diesem offenen Miteinander liegt die Chance, die Herausforderungen zu bewältigen. Dieses Gemeinsame, dieses Miteinander ist im Übrigen der einzig richtige Weg mit Aussicht auf Erfolg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Zu dem Beitrag von Frau Mundlos hat sich Frau Helmhold zu einer Kurzintervention gemeldet. Frau Helmhold, Sie haben das Wort.

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da ich wahrscheinlich im Rahmen meiner begrenzten Redezeit gleich nicht auf alles eingehen kann, möchte ich vorab zwei Dinge zu Ihrem Vortrag anmerken.

Zum einen glaube ich, dass das Problem des Pflege-notstands nicht darin besteht, dass die Menschen darüber sprechen, sondern wir haben ihn in vielen Teilen des Landes schon lange.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Wenn Sie zum anderen als Beweis dafür anführen, dass es zwar 32 000 offene Stellen, aber über 80 000 Personen, die sie besetzen könnten, gibt, dann sollten Sie der guten Ordnung halber auch sagen, dass es bei der Bundesanstalt keine Trennung zwischen Pflegefachkräften und Pflegekräften gibt.

(Petra Tiemann [SPD]: Genauso ist es!)

Das macht es sehr schwierig. Denn man findet nicht 32 000 Fachkräfte; das ist das Problem. Andere gibt es unter Umständen genug. Deswegen ist das kein Beweis dafür, dass wir keinen Pflege-notstand hätten, es sei denn, Sie würden über die Absenkung von Standards nachdenken, was ich nicht hoffe.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Frau Groskurt. Sie haben das Wort, Frau Groskurt. Bitte schön!

Ulla Groskurt (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion hat aufmerksam und in großer Erwartung Ihres Antrags eine Pressemitteilung von Herrn Riese gelesen, in der angekündigt wurde, dass ein Entschließungsantrag auf den Weg gebracht worden sei, in dem konkrete Punkte dafür benannt würden, an welchen Stellen die Pflege in Niedersachsen weiterentwickelt werden müsse. Auch in einer Pressemitteilung von Frau Mundlos wurde dargelegt, dass alles dafür getan werden müsse, keine Versorgungslücke entstehen zu lassen. Das haben Sie allerdings gerade etwas nivelliert; denn Sie haben gesagt, es gebe keinen Pflegenotstand, den würden wir nur herbeireden. Das war in unseren Augen ein deutliches Zeichen, dass auch Sie endlich die problematische Situation in der Pflege erkannt haben und das Thema bei Ihnen angekommen zu sein schien.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Dann kam Ihr Antrag, den wir mit großem Interesse gelesen haben, in der Überzeugung, von Ihnen würden endlich die Herausforderungen in der Pflege angenommen und Chancen eröffnet, dem Pflegenotstand zu begegnen. Die Überschrift „Niedersachsen gestaltet die Zukunft“ lies Großartiges erwarten. Elf Punkte haben Sie aufgelistet, in denen die Landesregierung gebeten wird: sich dafür einzusetzen, zu prüfen, transparent darzustellen, zu erarbeiten, zu unterrichten, darauf hinzuwirken. Es steht zwar nichts wirklich Falsches darin, aber nur gut gemeint reicht nicht.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN - Ronald Schminke [SPD]: Heiße Luft!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP, dieses wortgewaltige, aber wenig zielführende Vokabular kennen wir leider schon seit ein paar Jahren.

(Petra Tiemann [SPD]: Ja!)

Wir hören uns diese Worthülsen aber schon zu lange an.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Unsere Langmut hat Grenzen. Jetzt ist Schluss mit dem Verständnis für nette Bitten, denen kein Handeln folgt.